



DIHK-Innovationsreport 2012

Innovationsdynamik weiter im Hoch - trotz Konjunkturdämpfers

Ergebnisse einer Befragung der IHK-Organisation
bei 1.000 innovativen Unternehmen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Grundlage für den „DIHK-Innovationsreport 2012 – Innovationsdynamik weiter im Hoch – trotz Konjunkturdämpfers“ sind Befragungen der Industrie- und Handelskammern (IHKs) bei innovationstätigen Unternehmen.

Insgesamt haben rund 1.000 innovative Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Darunter befinden sich ca. zwei Drittel kleine und mittlere Unternehmen (bis 250 Mitarbeiter¹), im Folgenden als KMU oder Mittelstand bezeichnet, sowie knapp ein Drittel größere Unternehmen (über 250 Mitarbeiter). Die Antworten verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Automobilindustrie, Chemische Industrie, Elektrotechnik, Metallindustrie und verschiedene wissensintensive Dienstleistungsbranchen.

Damit bilden die in dieser Umfrage vertretenen Unternehmen einen Querschnitt der innovationsstarken Unternehmen in Deutschland ab.

Die Umfrage fand von Oktober bis Ende November 2012 statt.

Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V.
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation – Berlin 2012

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

ISSN: 1869-2621

Herausgeber Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V. | Berlin

DIHK Berlin:
Postanschrift: 10052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin Mitte
Telefon (030) 20308-0 | Telefax (030) 20308 1000

Internet: www.dihk.de

Redaktion DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation
Dr. Alexander Schumann, Dr. Michael Liecke, Eva Schulz-Kamm

Stand Dezember 2012

¹ Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Report meist nur eine Geschlechtsform verwendet.

Das Wichtigste in Kürze

Innovationsdynamik flaut etwas ab – bleibt aber auf hohem Niveau:

48 Prozent der innovationsaktiven Betriebe in Deutschland wollen trotz Euro-Schuldenkrise und abflauender Konjunktur ihre Innovationsanstrengungen im nächsten Jahr ausbauen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Dynamik jedoch etwas geringer. 2011 hatten noch knapp 51 Prozent der Unternehmen mit ausgedehnten Innovationsbudgets geplant, 2010 waren dies sogar noch 60 Prozent.

Hightechstrategie der Bundesregierung ist kaum bekannt:

Die aktuelle Hightech-Strategie (HTS) 2020 der Bundesregierung mit ihren zehn Zukunftsprojekten ist bei innovativen deutschen Unternehmen zu unbekannt: Lediglich zehn Prozent der Unternehmen kennen die Strategie, 29 Prozent kennen Teile davon. Angesichts der Tatsache, dass die HTS die Mitwirkung der Wirtschaft ausdrücklich einschließt bzw. voraussetzt, besteht hier auf Seiten der Politik erheblicher Nachholbedarf in Sachen Kommunikation.

Lage bei Innovationsfinanzierung bleibt schwierig:

Im Vergleich zum Vorjahr berichten nur noch sieben Prozent aller Unternehmen von verbesserten, 62 Prozent von gleichbleibenden und 32 Prozent von Verschlechterungen bei externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte. Dabei geben 18 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung für ihre Innovationsprojekte erhalten zu können. Dies bedeutet in der Rückschau seit 2010 eine schleichende Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte. Die angespannte Finanzierungssituation trifft KMU noch härter als größere Unternehmen und verdeutlicht die Bedeutung einer soliden Eigenkapitalausstattung – 57 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte demnach überwiegend aus dem Eigenkapital.

Kooperationen mit Hochschulen aus Sicht der Wirtschaft eine Baustelle:

69 Prozent aller Unternehmen, die über Erfahrungen im Bereich der Hochschulkooperation verfügen, wünschen sich hier Verbesserungen. Aus Sicht vieler Unternehmen mangelt es an Transparenz, welche Forschungseinrichtung auf welchen Gebieten aktiv ist und insbesondere welche Kooperationsangebote seitens der Hochschulen bestehen. Mehr als 36 Prozent der Unternehmen wünschen sich darüber hinaus eine höhere Kooperationsbereitschaft der Wissenschaftler. Universitäten haben Defizite beim Technologietransfer, insbesondere wenn es um die Zusammenarbeit mit KMU geht.

Projektförderung bleibt von enormer Bedeutung:

34 Prozent der Unternehmen sehen den einfachen Zugang zur Projektförderung als Priorität für den Innovationsstandort Deutschland. Als „best practice“ gilt dabei nach wie vor das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) des BMWi. Es hat mittlerweile einen sehr großen Bekanntheitsgrad bei den Betrieben und eine hohe Breitenwirkung – vor kurzem erhielt das 10.000ste Unternehmen eine Förderzusage.

VORSCHLÄGE DER IHK-ORGANISATION FÜR DEN INNOVATIONSSTANDORT DEUTSCHLAND

Der Innovationsstandort Deutschland zeigt sich trotz konjunktureller Unsicherheiten und einer langsameren weltwirtschaftlichen Gangart in sehr robuster Verfassung. Die steigenden Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation hierzulande sichern dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten. Allerdings verschärft sich der internationale Wettbewerb in den letzten Jahren erheblich. Dies betrifft insbesondere Marktanteile bei Hochtechnologieprodukten – eine traditionelle Stärke Deutschlands, Standorte für innovative Unternehmen, gut ausgebildete Fachkräfte und exzellente Forscher, die zunehmend härter umkämpft werden.

Die Politik sollte hier konkret an den „Großbaustellen“ ansetzen: Fachkräfte- und Forschermangel, Bürokratieabbau und die Vereinfachung des Steuerrechts. Besonderes Augenmerk muss die Politik auf die stärkere Berücksichtigung von zu erwartenden **Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzialen bei der Etablierung von Förderprogrammen** legen. Politische Rahmenbedingungen, die auf die **Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen** für Forschungs- und Entwicklungsprojekte setzen, können Deutschland als Innovationsstandort noch attraktiver machen. Gleiches gilt für einen besseren **Technologietransfer**. Nicht zuletzt müssen Innovationen aber von der Bevölkerung angenommen werden. Daher sollte die Steigerung der **Akzeptanz für Technologie und Innovation** ein Ziel politischer Kommunikation sein.

FuE-Förderung auf Wertschöpfungspotenziale fokussieren:

- ➔ Innerhalb der Hightech-Strategie 2020 stärker für eine gezielte Förderung von FuE-Themen mit hohem Wertschöpfungs- und damit Beschäftigungspotenzial sorgen.
- ➔ Für die Ausrichtung der Innovationspolitik in der neuen Legislaturperiode sollte die Bundesregierung einen offenen Dialogprozess mit der Wirtschaft in ihrer ganzen Breite anstoßen, „bottom up“ statt „top down“. So kann die Wirtschaft politische Ziele nachvollziehen und die Förderung wird passgenauer und effizienter.
- ➔ Der Auswahlprozess einzelner Förderschwerpunkte sollte grundsätzlich transparent gestaltet werden und die Bedürfnisse und Potenziale der Unternehmen, insbesondere des innovativen Mittelstands, stärker berücksichtigen.
- ➔ Mit Blick auf das ab 2014 geltende Europäische Forschungsförderprogramm „Horizon 2020“ sollte sich die Bundesregierung im Europäischen Rat für die vom Europaparlament vorgeschlagene technologie- und themenoffene Förderung („Fast Track to Innovation“) stark machen. Damit überbrücke Deutschland eine gute Praxis von der nationalen auf die europäische Ebene.

Innovationsfinanzierung ausbauen:

- ➔ Die degressive AfA (Absetzung für Abnutzungen) sollte wieder eingeführt werden.
- ➔ Die Bundesregierung sollte einen klaren und wachstumsfördernden Rechtsrahmen für die Wagnis- und Beteiligungskapitalbranche schaffen.
- ➔ Die Eigenkapital schwächenden Elemente der Unternehmensteuerreform 2008, wie etwa die Besteuerung von Funktionsverlagerungen, Mantelkaufverbot, die Zinsschranke sowie die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen (z. B. bei Lizenzen), müssen dauerhaft und vollständig korrigiert werden.

Technologietransfer stärken:

- ➔ Für eine verbesserte „kulturelle“ Passgenauigkeit in der Kooperation „Wirtschaft – Wissenschaft“ sollte das Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung auf Lehre und Forschung übertragen werden: Das Angebot an dualen Studiengängen sollte dazu weiter ausgebaut und im Bereich der anwendungsnahen Forschung der neue Ansatz der dualen Promotion verbreitet werden.
- ➔ Fachliche Ansprechpartner und Technologietransferangebote der Hochschulen und öffentlich finanzierte Forschungsinstitute müssen mittelstandsgerechter und sichtbarer kommuniziert werden. Beispielsweise könnten Informationen über fachliche Ansprechpartner an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstituten in Anlehnung an die Förderdatenbank des Bundes im Internet gebündelt dargestellt werden.

Akzeptanz für Technologie und Innovation steigern:

- ➔ Um die Innovationsakzeptanz zu erhöhen sollte die Politik verstärkt den Dialog mit den Regionen suchen. So kann gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Akteuren vor Ort für Zukunftsinvestitionen geworben, Informationsbarrieren können abgebaut und die Beiträge von Bürgern, Nutzern, Verbrauchern aufgenommen werden.
- ➔ Bereits in der Schule sollte die Politik die Begeisterung für Technik stärker wecken und in Ausbildung oder Studium weiterführen.

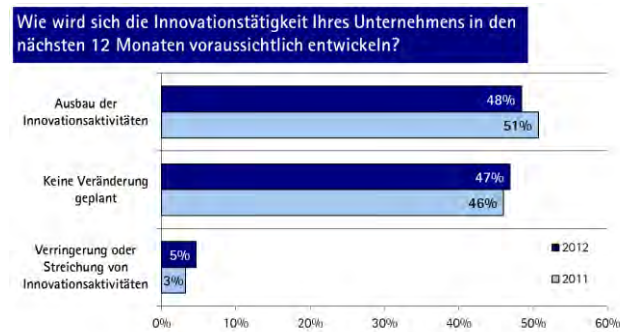
INHALT

	Seite
I. ERGEBNISSE	1
1. Innovationsdynamik bleibt hoch	1
Konstanter Aufwuchs in den vergangenen Jahren	1
Hightechstrategie der Bundesregierung noch zu wenig bekannt	2
Dialog mit der Wirtschaft suchen, Transparenz schaffen	3
2. Innovationsstandort Deutschland auf dem Prüfstand	3
1. Bürokratie, Steuerrecht und Fachkräftemangel sind strukturelle Dauerbrenner	4
2. Projektförderung bleibt von enormer Bedeutung	6
Europäische Forschungsförderung mit Defiziten	7
3. Technologiefreundliches Umfeld	8
Hightech-Strategie hat das Akzeptanzproblem erkannt – Konzepte fehlen	9
4. Lage bei Innovationsfinanzierung trübt sich kontinuierlich ein	9
Quelle der Innovationsfinanzierung: Eigenkapital	10
5. Kooperationen mit Hochschulen	12
3. Innovationsprozesse verändern sich	13
Kluge Köpfe allein machen noch keine Innovation	13
Die deutsche Wirtschaft nutzt gute Ideengeber vom Azubi bis zum Kunden	14
II. IHK-INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEBERATUNG	
– FLÄCHENDECKENDER SERVICE FÜR INNOVATIVE UNTERNEHMEN	15
Idee sucht Markt – IHK-Services regional und deutschlandweit	15
Übersicht in Zahlen	15
Interessenvertretung – Partner der Politik	15
ANHANG	16
Fragebogen	16

I ERGEBNISSE

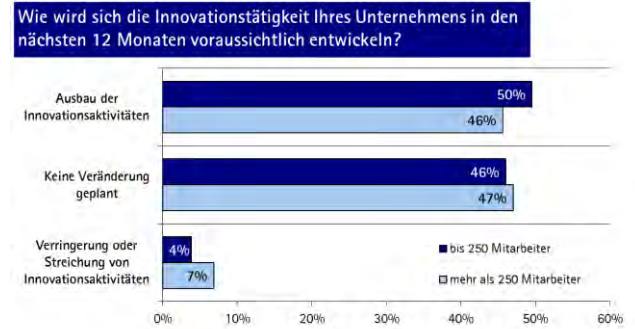
1. Innovationsdynamik bleibt hoch

Gut 48 Prozent der innovationsaktiven Betriebe in Deutschland geben an, ihre Innovationsanstrengungen in den nächsten zwölf Monaten zu erhöhen, knapp 47 Prozent planen keine Veränderung und lediglich fünf Prozent müssen eine Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten vornehmen. Damit setzt sich die Innovationsdynamik fest, trotz abkühlender Konjunktur. Die Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als die Unternehmen bereits in den vergangenen Jahren nicht an ihren Forschungsleistungen gespart hatten. Die weiterhin expansiven Innovationspläne der Betriebe zeugen von den insgesamt noch als gut eingeschätzten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation am Standort Deutschland. Zudem sorgt die starke internationale Ausrichtung der deutschen Unternehmen, einhergehend mit hohem Wettbewerbsdruck, für zusätzliche Innovationsimpulse hierzulande.



Im Vergleich zu den Vorjahren zeichnet sich allerdings eine geringere Dynamik ab. 2011 hatten noch knapp 51 Prozent der Unternehmen mit ausgedehnten Innovationsbudgets geplant, lediglich 46 Prozent gingen von unverändertem Innovationsverhalten aus.

Im innovativen Mittelstand (Unternehmen bis 250 Mitarbeiter) zeigt sich derzeit eine größere Innovationsdynamik als bei den größeren Unternehmen.



Hier planen fast 50 Prozent der Betriebe einen Ausbau und lediglich knapp vier Prozent müssen Projekte streichen oder auf Eis legen.

Konstanter Aufwuchs in den vergangenen Jahren

Insgesamt befinden sich die Innovationsaufwendungen der deutschen Wirtschaft auf einem sehr hohen Niveau. So sind die reinen Unternehmensausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, von 1,45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Mitte der 1990er Jahre auf mittlerweile 1,94 Prozent im Jahr 2011¹.

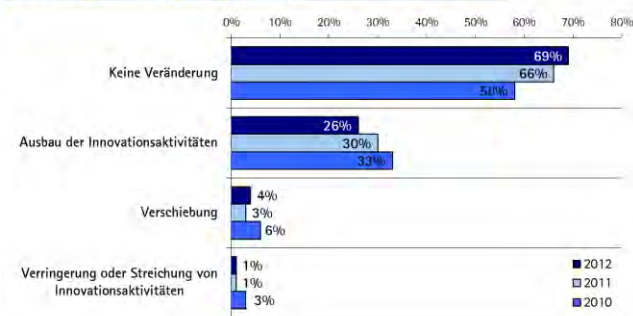
In der aktuellen Umfrage bestätigt sich das Bild, allerdings mit abgeschwächter Tendenz. So geben in der Rückschau lediglich etwas mehr als sechs Prozent aller Unternehmen an, in den letzten zwölf Monaten ihr Innovationsverhalten verringert oder Projekte verschoben zu haben. Hingegen konnten 27 Prozent aller Betriebe ihr Engagement ausbauen. 69 Prozent berichten von konstanten Aktivitäten.

Ein Grund für diesen Zuwachs in der Vergangenheit Jahre liegt in der starken internationalen Verflechtung deutscher Unternehmen. Um ihre starke Exportstellung zu halten bzw. auszubauen müssen die Unternehmen mit neuen bzw. an die regionalen Märkte angepassten Produkten überzeugen. Allerdings ist diese herausragende Stel-

¹ Pressekonferenz des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft vom 6. Dezember 2012.

lung im weltweiten Export- und Innovationswettbewerb gefährdet. So schickt sich z. B. China an, auch durch politische Eingriffe genau jene Branchen strategisch auszubauen, welche derzeit eine Stärke Deutschlands darstellen. Die Prioritäten der dortigen Industriepolitik im Rahmen des aktuellen Fünfjahresplans sind weitestgehend deckungsgleich mit jenen der deutschen Innovationspolitik, welche auf die Stärken hierzulande abhebt: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umweltschutz, neue Materialien, neue Informationstechnologien; Luftfahrtindustrie und „Saubere Fahrzeuge“ (u.a. Elektromobilität). Deutschlands gute Stellung ist somit nicht langfristig „garantiert“.

Inwiefern hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten sein Innovationsverhalten verändert?



Die positive Entwicklung, sowohl im Jahr 2012 als auch hinsichtlich der Prognose für 2013, ist möglich, weil die Bundesregierung trotz notwendiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen den Haushalt für Forschung und Innovation deutlich ausweitet. Alleine das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat 2012 mit insgesamt 12,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr rund elf Prozent mehr Mittel erhalten. Jedoch entfielen auf die für die Wirtschaft wichtige Technologie- und Innovationsförderung lediglich 20 Prozent. Im kommenden Jahr sollen die Mittel des BMBF nochmals um 16 Prozent auf 13,7 Milliarden ansteigen. Erfreulich ist dabei, dass die Forschungsförderung einen höheren Anteil erhält (22 Prozent).

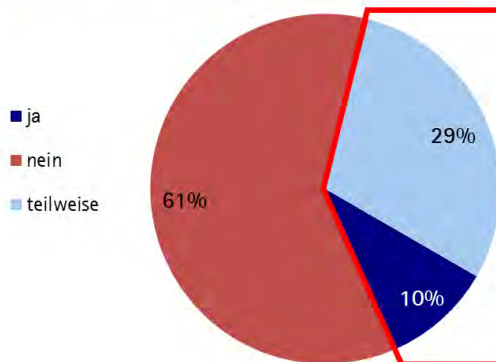
Hightechstrategie der Bundesregierung zu wenig bekannt

Allerdings sollte die avisierte neue Hightech-Strategie (HTS) unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ihre Förderschwerpunkte stärker auf ökonomische Potenziale fokussieren, um einen entsprechenden „Hebel“ bei den Unternehmen zu bewirken. D. h. die Strategie muss sich mehr als heute an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und an der bestehenden bzw. durch die Förderung zu erwartenden industriellen Wertschöpfung ausrichten. Bei ihrer Umsetzung sollten somit messbare Ziele gemeinsam mit der Wirtschaft formuliert werden. Grundsätzlich gilt: Förderschwerpunkte und auch die einzelnen Förderprogramme sollten regelmäßig nach Effizienz Gesichtspunkten bewertet werden. Für die richtige Ausgestaltung der Förderprogramme sollten die Praxiserfahrungen der Unternehmen noch stärker genutzt werden.

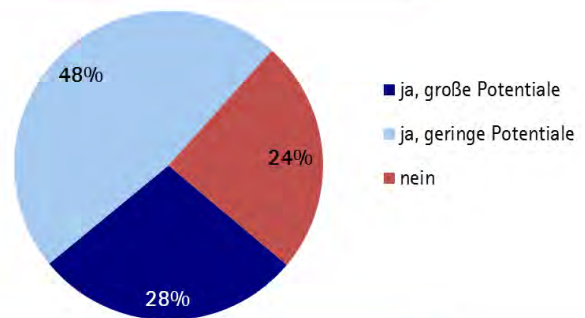
Überraschendes Ergebnis der Befragung: Die aktuelle Hightech-Strategie 2020 der Bundesregierung mit ihren zehn Zukunftsprojekten ist bei innovativen deutschen Unternehmen noch relativ unbekannt: nur zehn Prozent der Unternehmen kennen sie komplett. Immerhin 29 Prozent der Betriebe kennen sie zum Teil, mehr als 60 Prozent hingegen gar nicht.

Der Ansatz der Bundesregierung, ihre Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation ressortübergreifend zu bündeln und insbesondere auf die fünf wirtschaftlich relevanten Wachstumsfelder Klima/Energie, Mobilität, Gesundheit/Ernährung, Kommunikation und zivile Sicherheit zu konzentrieren, kommt bei der Wirtschaft bis dato nur unzureichend an. Dies birgt das Risiko, dass man die Ziele der Zukunftsprojekte verfehlt, zum Beispiel bis zum Jahr 2020 in insgesamt 30 Städten CO₂-Neutralität herzustellen. Denn die Bundesregierung setzt voraus, dass die HTS-Ziele gesellschaftlich gewollt sind und von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik getragen werden.

Kennen Sie Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie der Bundesregierung?



Sehen Sie darin zusätzliche Potentiale für Ihr Unternehmen?



Zudem sollten sich Unternehmen von der Strategie zusätzliche Geschäftspotenziale erwarten. Hier nach wurde für den Innovationsreport gezielt gefragt. In der (relativ kleinen) Gruppe der Unternehmen, die angegeben haben, die Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie zu kennen, erwarten immerhin 76 Prozent eine positive Wirkung (davon sehen 28 Prozentpunkte sogar große Potentiale) für ihre Geschäftsaktivitäten.

Dies zeigt: Die Hightech-Strategie 2020 ist durch die Fokussierung auf Wachstumfelder und beispielgebende Zukunftsprojekte grundsätzlich geeignet, die Interessen der deutschen Unternehmen anzusprechen. Allerdings: Um dieses Potenzial zu aktivieren, muss eine ausreichende Beteiligung und Einbindung der Wirtschaft bei der Ausgestaltung der Strategie gewährleistet sein.

Dialog mit der Wirtschaft suchen, Transparenz schaffen

Für die Ausrichtung der Innovationsstrategie in der neuen Legislaturperiode sollte die Bundesregierung daher einen offenen Dialogprozess mit der deutschen Wirtschaft anstoßen. Einerseits kann nur eine stärkere Beteiligung von Unternehmen – als Umsetzer der Innovation – dafür sorgen, dass politische Zielvorstellungen gemeinsam getragen werden können. Zum anderen können für eine höhere Passgenauigkeit und damit Förderwirkung in der Forschungsförderung die Praxiserfahrungen

der Unternehmer bei der Ausgestaltung der Forschungsförderprogramme genutzt werden.

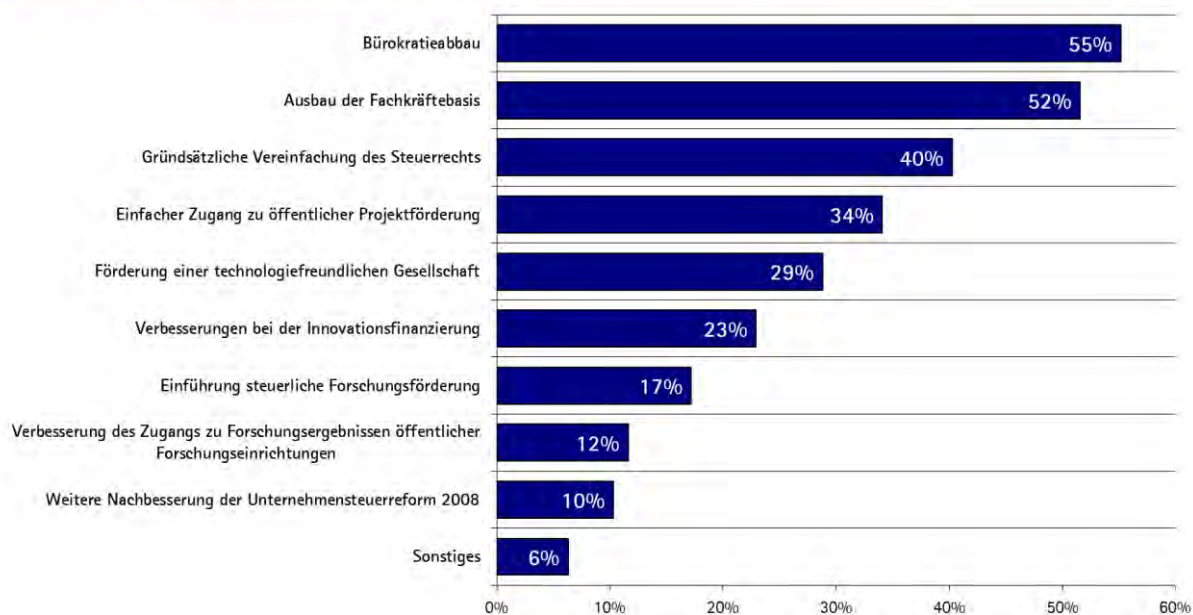
Über den Dialog mit der Wirtschaft hinaus, sollte der Auswahlprozess einzelner Förderschwerpunkte transparent gemacht werden. Im Ergebnis sollte ein offener und zugänglicher Prozess stehen, der die Bedürfnisse und Potentiale der Unternehmen und insbesondere des innovativen Mittelstands stärker berücksichtigt.

2. Innovationsstandort Deutschland auf dem Prüfstand

Höchste Priorität für einen besseren Innovationsstandort Deutschland hat für die Unternehmen der Abbau von unnötiger Bürokratie (55 Prozent). An zweiter Stelle steht eine sichere und wachsende Fachkräftebasis mit 52 Prozent, gefolgt von einem grundsätzlich einfacheren Steuerrecht (40 Prozent).

Aktuell sehen 34 Prozent der Betriebe den einfachen Zugang zur Projektförderung als besonders wichtig für ihre eigenen Innovationsaktivitäten an. Auch mit Blick auf die Förderung einer technologieoffenen Gesellschaft (29 Prozent) sowie Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung (23 Prozent) sehen die Unternehmen Handlungsbedarf. Für 17 Prozent der Betriebe steht die steuerliche Forschungsförderung oben auf der Agenda. Weniger wichtig werden die Verbesserung des Zugangs

Was ist aus Sicht Ihres Unternehmens jetzt prioritär für den Innovationsstandort Deutschland? (Mehrfachnennung möglich)



zu Erkenntnissen aus der öffentlichen Forschung angesehen (zwölf Prozent) sowie weitere Nachbesserungen der Unternehmensteuerreform 2008 (zehn Prozent).

1. Bürokratie, Steuerrecht und Fachkräftemangel sind strukturelle Dauerbrenner

Zu den bürokratischen Hemmnissen am Standort Deutschland zählen spezifische Regulierungen im Innovationsbereich. Aber auch Regelungen, Prozesse und Anforderungen, die die unternehmerische Tätigkeit allgemein belasten bzw. nur mittelbar im Innovationsbereich zum Tragen kommen, können innovationshemmend wirken². Die Unternehmen fordern u. a.:

- Verringerung des Zeit- und Kostenaufwands bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, z. B. bei der Zulassung von Laboratorien (Einhaltung definierter Schutzstufen), bei der Marktzulassung von Biotechnologieprodukten (GenTG), aber auch bei Baugenehmigungsverfahren; flexiblere Handhabung vorhandener

Genehmigungen für Änderungen im Produktionsablauf,

- Vereinfachung und Vereinheitlichung der Antrags- und Abwicklungsverfahren bei öffentlichen FuE-Förderprogrammen,
- Reduzierung der Bearbeitungszeiträume und Kosten für die Anmeldung von europäischen Patenten.

In diesem Zusammenhang sind die vom Bundeskabinett im Dezember 2011 beschlossenen Maßnahmenpakete zum Bürokratieabbau ein richtiger Schritt. Zu den wichtigsten Änderungen zählt die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen mit einem Entlastungspotenzial in Milliardenhöhe. Auch das E-Government-Gesetz mit Erleichterungen im elektronischen Schriftverkehr und die Optimierung der Meldeverfahren in der sozialen Sicherung würden den betrieblichen Alltag vereinfachen. Damit die Entlastungspotenziale auch bei den Unternehmen ankommen, müssen sie zügig und unternehmensnah umgesetzt werden.

Der geplante Aufwuchs des unternehmerischen Innovationsengagements droht auch durch den immer akuter werdenden Mangel an Fachkräften

² Vgl. [DIHK-Vorschläge zum Bürokratieabbau](#), Berlin, August 2010.

und Forschern unterminiert zu werden. So ist der Ausbau der Fachkräftebasis eines der wichtigsten Anliegen der innovativen Unternehmen zur Verbesserung des Innovationsstandortes Deutschland. Knapp 52 Prozent der Betriebe fordern dies. Denn es gilt: Innovationen werden über Köpfe gemacht.

Die Zuwanderungserleichterungen für Hochqualifizierte im Rahmen der Umsetzung der "Blue Card"-Richtlinie gehen in die richtige Richtung. Nun ist es wichtig, im Ausland für den Arbeits- und Studienort Deutschland zu werben und über die Zuwanderungsmöglichkeiten zu informieren. Dabei zeigt sich, dass Fachkräftengpässe nicht nur im Bereich akademischer Berufe bestehen und zunehmen, sondern auch berufliche und Weiterbildungsabschlüsse betroffen sind. Auch bei diesen Qualifikationsniveaus sollte deshalb die Zuwanderung erleichtert werden – zumindest bei Mangelberufen. Außerdem sollten Jugendliche aus dem Ausland für eine Ausbildung in Deutschland gewonnen werden. Dafür bieten sich die Kompetenzen des IHK-AHK-Netzwerkes an.

Darüber hinaus sollten sich Politik und Wirtschaft noch stärker für die Rückkehr von im Ausland tätigen deutschen hochqualifizierten Fachkräften und Wissenschaftlern einsetzen.

Zudem ist im deutschen Bildungssystem das Thema „Faszination für wissenschaftlichen Fortschritt“ und eine positive Wahrnehmung im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu schwach ausgeprägt.

Die Unternehmen reagieren mit einer breiten Palette von Aktivitäten auf die vorhandenen Fachkräftengpässe, müssen und werden diese in Zukunft aber weiter nachlegen. Unter anderem versuchen sie, ihre älteren Arbeitnehmer mit ihrer umfangreichen Innovationserfahrung im Betrieb zu halten. Um ihre Attraktivität für jüngere, hochqualifizierte Ingenieure und Forscher zu erhöhen, setzen die Unternehmen zudem stärker auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die

IHKs und das Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“ des DIHK unterstützen die Betriebe dabei praxisorientiert, z. B. mit Checkheften zur familienfreundlichen Personalpolitik.³

Die grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts ist nach wie vor eine zentrale Forderung der Unternehmen mit Blick auf den Innovationsstandort Deutschland: 40 Prozent aller Betriebe sehen hier Handlungsbedarf.

Einfacher bedeutet hier für die Unternehmen beispielsweise die Abschaffung der Gebührenpflicht für verbindliche Steuerauskünfte, die Vermeidung übertriebener Missbrauchsverhinderungsnormen, die Abschaffung der monatlichen Abgabepflicht der Umsatzsteuervoranmeldung bei Existenzgründern oder eine unkomplizierte Archivierung elektronischer Rechnungen. Mit Blick auf die Liquiditätsverbesserung sehen die Unternehmen z. B. Erleichterungen bei der Verlustverrechnung sowie bei der Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer als wichtig an.

Die Nachbesserung der Unternehmensteuerreform 2008 ist nach wie vor für mehr als jeden zehnten Betrieb ein Punkt mit Blick auf ihre Innovationsfähigkeit. Hier fordern Mittelständler – Unternehmen bis 250 Mitarbeiter – deutlich häufiger (elf Prozent) Nachbesserungen als Großunternehmen (acht Prozent). Insbesondere die Besteuerung von Funktionsverlagerungen, die Zinsschranke, die Mantelkaufregelung sowie die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen (z. B. bei Lizenzen) bremsen unternehmerische Innovationsaktivitäten. 17 Prozent der Unternehmen sehen die steuerliche Forschungsförderung als bedeutsam für den Innovationsstandort Deutschland an.

³ Siehe Internetauftritt des [Netzwerkbüros „Erfolgsfaktor Familie“](#).

2. Projektförderung bleibt von enormer Bedeutung

Rund 34 Prozent der Unternehmen sehen den einfachen Zugang zur Projektförderung als Priorität, wobei dies für den Mittelstand (36 Prozent) noch deutlich mehr Bedeutung hat als für die größeren Unternehmen (28 Prozent).

Aus Sicht der Betriebe bedeutet ein einfacher Zugang zur Projektförderung vor allem verständliche und schnelle Antrags-, Durchführungs- und Abrechnungsverfahren. Denn für sie ist wichtig, sich auf die innovative Neuentwicklung zu konzentrieren und dann zügig mit dem Produkt am Markt sein zu können. Als „best practice“ gilt dabei weiterhin das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) des BMWi. Es hat mittlerweile einen sehr großen Bekanntheitsgrad bei den Unternehmen erreicht und seine volkswirtschaftliche Wirkung auf wissenschaftlicher Basis belegen können⁴. Das ZIM überzeugt die mittelständischen Unternehmen vor allem durch seine Themen- bzw. Technologieoffenheit sowie die unbürokratischen administrativen Prozesse. Dazu zählt auch die jederzeit mögliche Antragstellung (keine „Stichtage“). Daher war es richtig, dass das ZIM zum 1. Juli 2012 vorfristig bis Ende 2014 verlängert und dabei auch eine Öffnung für Unternehmen bis 500 Mitarbeiter (zunächst bis Ende 2013) vorgenommen wurde.

Bei den forschungsintensiven KMU wird das BMBF-Programm „KMU innovativ“ genutzt – häufig als Einstieg in die Fachprogramme des BMBF – für die Bereiche Biotechnologie, Nanotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktionstechnologie, Technologien für Ressourcen und Energieeffizienz, Photonik/ Optische Technologien, zivile Sicherheitsforschung und Medizintechnik. Hier ist für die KMU besonders hilfreich, dass die Entscheidung über

eine Förderung schnell erfolgt und dass zunächst nur eine Projektskizze eingereicht und ein vollständiger Antrag erst nach einer positiven Bewertung der Projektskizze vorgelegt werden muss. Die erste Evaluation von „KMU innovativ“ seit der Einführung im Jahr 2007 zeigt, dass 21 Prozent der geförderten KMU mit ihren Neuentwicklungen insbesondere ihre Wettbewerbsposition auf ausländischen Märkten verbessern konnten. Das BMBF plant, ab 2013 die Mittel für den exportstarken Bereich Medizintechnik zu verdoppeln.

Einfacher Zugang zur Projektförderung heißt aber auch, dass für die Unternehmen überhaupt ersichtlich ist, welches Förderprogramm zu einem konkreten Innovationsvorhaben passt. Derzeit ist es für viele, gerade mittelständische Betriebe oftmals schwer, bei der Vielzahl der unterschiedlichen Programme, Geldgeber (EU, Bund, Länder, Gemeinden etc.), Zielrichtungen und Kombinationsmöglichkeiten zu identifizieren. Dies gilt auch für die zahlreichen Unterstützungsstrukturen: Den Unternehmen sind häufig die vielen Netzwerke, Transferstellen oder Ansprechpartner nicht bekannt. Die Förderberatung „Forschung und Innovation des Bundes“ sollte als Lotsendienst für KMU daher stärker bekannt gemacht werden.

Hinzu kommt bei vielen insbesondere mittelständischen Betrieben ein Kommunikations-Problem. Obgleich oftmals mit Projekten aktiv, für die es durchaus Förderung geben könnte, fühlen sich die Unternehmen durch die Begrifflichkeiten „Forschung“ und „Wissenschaft“ nicht angesprochen. Eine eher „unternehmerische“ Bezeichnung von Fördermaßnahmen z. B. über die Begriffe „Entwicklung“ oder „Umsetzung“ könnte helfen, Barrieren und Berührungspunkte abzubauen und dadurch weitere Unternehmenskreise an die Forschung und deren Förderung heranzuführen.

Die Bezeichnung der aktuellen Innovationsstrategie der Bundesregierung als Hightech-Strategie führt in diesem Zusammenhang bei vielen Unternehmen zu Missverständnissen. Das politische Ziel,

⁴ Vgl. DIW Berlin (2012): „Volkswirtschaftliche Bedeutung der Technologie- und Innovationsförderung im Mittelstand“, Berlin.

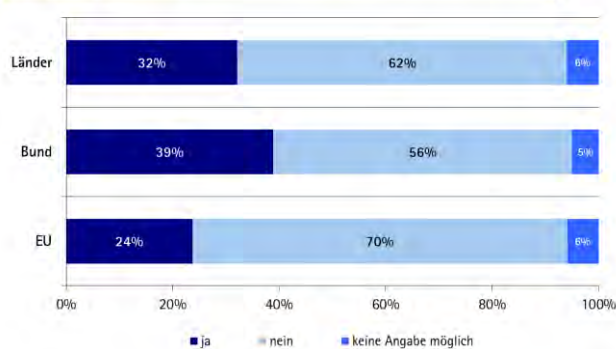
dass Forschung und Innovation wesentlich dazu beitragen sollen, große gesellschaftliche Herausforderungen wie z.B. die Energiewende zu schaffen, vermittelt der Begriff „hightech“ nur unzureichend.

Europäische Forschungsförderung mit Defiziten

Während insgesamt die Förderung auf Bundes- und Landesebene von der Wirtschaft stark in Anspruch genommen wird – 39 Prozent nutzen Bundes- und 32 Prozent Landesförderprogramme – stellt sich mit Blick auf die europäische Forschungsförderung ein anderes Bild dar. Hier haben deutlich weniger Unternehmen (24 Prozent) Mittel der Europäischen Kommission erhalten.

Für viele Unternehmen – und darunter in besonderem Maße KMU – sind die Hürden einer Teilnahme an EU-Projekten hoch. Hauptkritikpunkte sind die extrem langen Bearbeitungszeiten bei der Antragsprüfung – was inkompatibel zu den inzwischen weiter beschleunigten Produktlebenszyklen ist – sowie die politisch gesetzte Themenwahl der Forschungsförderung, die an der „Realität“ der innovativen Unternehmen oftmals vorbei geht: Die EU-Programme benennen vielfach Themen, für die es „keinen“ Markt gibt. Umgekehrt fehlt für Vorhaben mit wirtschaftlichem Potenzial das Förderangebot.

Hat Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren Förderprogramme in Anspruch genommen?



Daher lag die Beteiligung der Wirtschaft am noch laufenden siebten europäischen Forschungsrah-

menprogramm bei einem neuen Tiefststand von nur noch 23 Prozent am Budget⁵. Das ist deutlich zu gering und entspricht nicht der tatsächlichen Forschungsleistung der Betriebe. Zudem ist die internationale Vernetzung für Unternehmen insgesamt, und verstärkt auch für KMU, immer relevanter. Durch die Vernetzung kann ungenutztes Innovationspotenzial freigesetzt werden, Unternehmen können ihre Innovationsleistung steigern und daraus entstehen Vorteile für die Wirtschaft insgesamt.

Mit einem Programmvorschlag „Horizon 2020“ für die kommende Förderperiode ab 2014, hatte die Europäische Kommission Ende 2011 weniger Bürokratie für die Europäische Forschungsförderung angekündigt. Im November 2012 hat sich der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europaparlaments mit Nachdruck dafür ausgesprochen, dass der Wirtschaft Vorfahrt bei „Horizon 2020“ eingeräumt werden soll. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa haben die Europaabgeordneten besonders auf die Stärkung von Innovation geachtet und noch weiterreichende Maßnahmen beschlossen, um die Unternehmensbeteiligung an „Horizon 2020“ zu erhöhen. Dazu zählen insbesondere:

- Einführung eines neuen Förderinstrumentes "Fast Track to Innovation", eine zusätzliche themen- und technologieoffene Förderlinie, mit der Unternehmen für ihre guten Ideen mit Marktpotenzial zügig und unbürokratisch Forschungsförderung aus Brüssel bekommen können,
- Festlegung einer Mindestquote von 20 Prozent für die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) am Programm (gilt nicht für den Programmteil Grundlagenforschung) sowie Einrichtung eines eigenen themen- und technologieoffenen KMU-Förderinstrumentes,

⁵ Europäische Kommission (2011): „Innovation Union Competitiveness Report 2011“, S. 342, Brüssel.

- Befristung der Bearbeitungszeit von der Antragsstellung bis zur Bewilligung auf maximal sechs Monate sowie Reduktion der Nachweis- und Berichtspflichten der Antragssteller,
- Wahlmöglichkeit zwischen pauschaler Abrechnung und Vollkostenrechnung in der Projektförderung.

Mit der jetzt erzielten Einigung auf Seiten des Europaparlaments ist eine erste, große Hürde genommen. Bis zur finalen Verabschiedung im kommenden Jahr werden weitere Verhandlungen zwischen europäischem Parlament, Rat und der EU-Kommission (Trilog) geführt. Der DIHK hat sich im bisherigen Verhandlungsprozess aktiv für eine wirtschaftsfreundliche und unbürokratischere Ausgestaltung der künftigen europäischen Forschungsförderung eingesetzt und insbesondere die Einführung des „Fast Track to Innovation“ Instruments unterstützt. Es fördert in einem transparenten und unbürokratischen Verfahren die besten Produktideen aus der Wirtschaft. Seine Offenheit kann besonders den Mittelstand unterstützen, Investitionen in Produktneuerungen zu wagen. Die deutschen Ansätze einer technologie- und themenoffenen Forschungsförderung - insbesondere das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ - haben zu einer hohen Beteiligung der Wirtschaft in der Verbundforschung geführt und werden vom innovativen Mittelstand stark nachgefragt.

Die Bundesregierung sollte sich im Europäischen Rat daher dafür einsetzen, dass die bewährte technologie- und themenoffene Forschungsförderung auch auf europäischer Ebene eingeführt wird. Das vom Europaparlament vorgeschlagene „Fast Track to Innovation“ Instrument, das Ful-Vorhaben mit Marktpotenzial schnell realisiert, ist geeignet die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu erhöhen. Aus Sicht der IHK-Organisation ist die Einführung des „Fast Track to Innovation“ Instruments in Brüssel zwingend geboten. Denn die Bundesregierung setzt sich zu Recht dafür ein, die erfolgreiche Hightech-Strategie nach Europa

zu tragen. Als gemeinsamen kohärenten innovativ-politischen Ansatz in Europa sollten daher neben den thematisch festgelegten EU-Fördelinien (top-down) verstärkt auch die Vorschläge für Ful-Vorhaben aus der Wirtschaft zum Zuge kommen können („bottom-up“).

3. Technologiefreundliches Umfeld

Bei Innovationen entscheiden neben der technologischen Leistungsfähigkeit noch weitere Anforderungen über einen Markterfolg. Als starkes Hemmnis beklagen deutsche Unternehmen die fehlende Akzeptanz von Innovationen hierzulande. Für fast 30 Prozent der Betriebe hat die Förderung einer technologiefreundlichen Gesellschaft für den Innovationsstandort Deutschland eine sehr hohe Priorität.

Besonders sichtbar wird die Akzeptanzproblematik bei der Energiewende: Ohne eine sichere und umweltschonende Versorgung mit Energie zu wirtschaftlichen Preisen sind Unternehmen am Standort Deutschland nicht wettbewerbsfähig. Mit den Beschlüssen zum Ausstieg aus der Kernenergie (2002), zur Laufzeitverlängerung (2010) und zur beschleunigten Energiewende (2011) haben verschiedene Bundesregierungen massiv in den Energiemarkt eingegriffen. Zur Erreichung der staatlich gesetzten energiepolitischen Ziele benötigen wir neue Kraftwerke, Netze und Speicher in Deutschland und Europa, um die stark schwankende Einspeisung von Wind- und Solarenergie auszugleichen. Eine expansive Nutzung innovativer regenerativer Energieerzeugungslösungen oder der Ausbau von (intelligenten) Stromnetzen können sich trotz vielversprechender technologischer Ansätze noch nicht etablieren. Das liegt - neben ungelösten Finanzierungsfragen - auch an der fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung.

Hightech-Strategie hat das Akzeptanzproblem erkannt – Konzepte fehlen

Zur Steigerung der Akzeptanz gesellschaftlich kontroverser Zukunftstechnologien wurden im Rahmen der aktuellen Hightech-Strategie neue Dialogplattformen („Bürgerdialoge“) eingerichtet, um über Forschungslösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu diskutieren. Darüber hinaus vermittelt die Strategie aber kaum, welchen Beitrag sie zur Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Forschung und Innovation leisten kann.

Die Politik muss zusammen mit der Wirtschaft und anderen Akteuren Informationsbarrieren abbauen und für die Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Im Rahmen ihres Jahresthemas 2012 „Energie und Rohstoffe für morgen“ hat die IHK-Organisation in unterschiedlichen Formaten den Dialog mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gesucht. Dabei sind Akzeptanzprobleme offen angesprochen, gleichzeitig aber auch Informationen ausgetauscht und damit Barrieren abgebaut worden. Es sollte künftig auch eine Kernaufgabe der Bundespolitik sein, für Vorhaben mit gesamtwirtschaftlichem und -gesellschaftlichem Interesse den Dialog in den Regionen zu suchen und die Beiträge von Bürgern, Nutzern, Verbrauchern aufzunehmen.

Im Kontext der Hightech-Strategie sollten deutlich mehr multidisziplinäre Förderprogramme sowie Programme zu Querschnittsthemen aufgelegt werden. Die Verknüpfung technologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragestellungen kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Ergebnisse der Forschung in akzeptierte und nachgefragte Innovationen zu überführen. Innovationsakzeptanz sollte als fester Baustein in der Pro-

grammförderung des Bundes insgesamt mitgedacht werden.

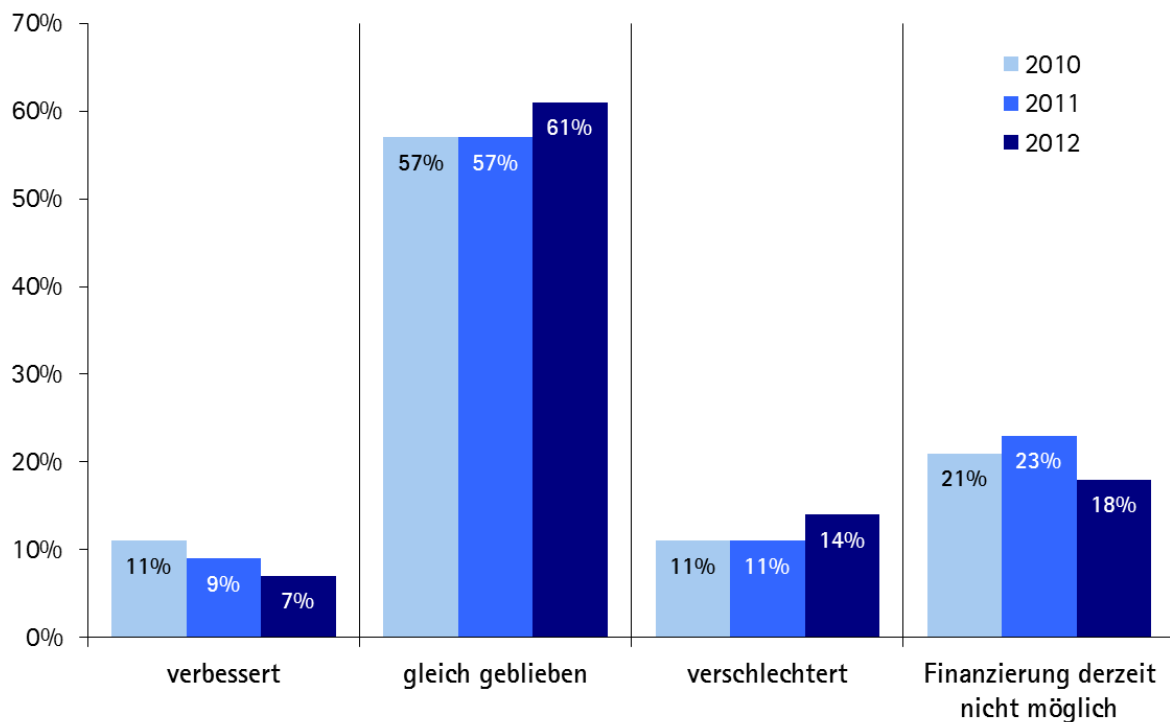
Zudem muss bereits in der Schule Begeisterung für Technik geweckt und in Ausbildung oder Studium gestärkt werden. Hierzu unterstützt das von der Organisation der Industrie- und Handelskammern (IHKs) betriebene Bildungsportal www.ihk-technopedia.de Jugendliche, Lehrer und Unternehmen beim Thema MINT. Mitmach-Angebote in Betrieben, Science-Centern, Museen oder Schülerlaboren sind dort ebenso aufzufinden wie Lehrmaterialien und Experimente für einen praxisnahen Unterricht.

4. Lage bei Innovationsfinanzierung trübt sich kontinuierlich ein

Für 23 Prozent der Betriebe hat eine bessere Innovationsfinanzierung Priorität für den Innovationsstandort Deutschland. Im Rahmen einer Ergänzungsfrage berichten nur noch knapp sieben Prozent aller Unternehmen von verbesserten und 62 Prozent von gleichbleibenden externen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Innovationsprojekte, knapp 32 Prozent hingegen von Verschlechterungen. Dabei geben 18 Prozent aller Betriebe an, keine externe Finanzierung für ihre Innovationsprojekte erhalten zu können. Dies bedeutet in der Rückschau seit 2010 eine schleichende Verschlechterung der externen Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte.

Kreditfinanzierung setzt stets eine solide Eigenkapitalausstattung der Unternehmen voraus und ist selbst in „normalen“ Zeiten ein schwieriges Unterfangen. Der Erfolg der zu finanzierenden Innovationsprojekte ist häufig nicht oder nur schwer abschätzbar und stellt für die Kapitalgeber damit ein erhöhtes Risiko dar.

Welche Erfahrungen macht Ihr Unternehmen bei der externen Innovationsfinanzierung im Vergleich zum Vorjahr?



Angesichts der eingeschränkten Risikoübernahmemöglichkeiten der europäischen Kreditwirtschaft durch Basel III dürften zukünftig gerade Finanzierungen, die per se risikoreicher sind – wie Existenzgründungen, Unternehmensnachfolgen und Innovationen – weiter erschwert werden.

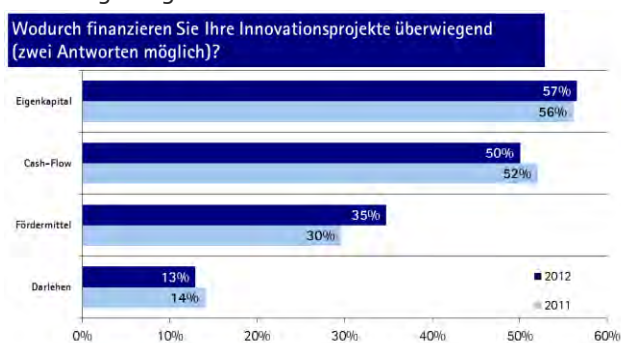
In diesem Zusammenhang könnten die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), wie das ERP-Innovationsprogramm, das aus einer Fremdkapitaltranche und einer Nachrangtranche besteht, und dezidiert auf Innovationsprojekte bzw. deren Markteinführung abhebt eine wichtige Funktion übernehmen. Trotz günstiger Konditionen bleibt die Nachfrage jedoch hinter den Erwartungen und Kapazitäten des Programms zurück. Ein Grund hierfür liegt in dem geringen Anreiz der Hausbanken die Mittel auch durchzuleiten. Um den Erfolg des Programms zu gewährleisten sollten dessen Vertriebswege daher dringend angepasst werden.

Quelle der Innovationsfinanzierung: Eigenkapital

Die sich verschlechternden externen Finanzierungsmöglichkeiten haben Auswirkungen auf die Bedeutung der verschiedenen Finanzierungsarten für Innovationsprojekte.

57 Prozent der Betriebe finanzieren ihre Innovationsprojekte demnach überwiegend aus dem Eigenkapital, 50 Prozent nutzen den Cash-Flow, immerhin 35 Prozent erhalten Förderungen und lediglich 13 Prozent nutzen die Finanzierungsoption über Darlehen. Hier zeigt sich im Jahresvergleich, dass die öffentliche Förderung an Bedeutung gewinnt, wohingegen die Finanzierung über Darlehen weniger wichtig wird. Damit wird aber auch belegt, dass eine solide Eigenkapitalbasis für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist. Dies gilt mit Blick auf eine zukünftig stärker regulierte Kreditwirtschaft und damit einhergehend höheren Hürden beim Fremdkapitalzugang umso mehr.

Die wichtige Möglichkeit zur Stärkung der Eigenkapitaldecke über externes Beteiligungskapital (auch Wagniskapital oder Private Equity genannt) ist hierzulande im internationalen Vergleich deutlich unterentwickelt. Dies obwohl die aktuelle Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag weitreichende Verbesserungen angekündigt hatte. Zwar wurden einige sinnvolle Maßnahmen zur Linderung der Kapitalnot insbesondere für Hochtechnologie-Start-ups ergriffen, etwa die Neuaufgabe des High-Tech-Gründerfonds oder die Schaffung eines „European Angels Fund“. Privates Beteiligungskapital konnte hingegen bis dato nicht ausreichend mobilisiert werden. Das liegt auch am lückenbehafteten Rechtsrahmen und an zu restriktiven Regelungen im Steuerrecht.



Derzeit gibt es in Deutschland immer noch keine Rechtssicherheit hinsichtlich der Einstufung von Fonds als „vermögenverwaltend“.⁶ Diese Einstufung wird derzeit nur auf Basis einer teilweise unklaren Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums gewährt. In der Folge kann das Risiko einer Doppelbesteuerung – des Investors und des Fonds – nicht ausgeschlossen werden. Gerade für internationale Investoren ist dies oftmals ein K.O.-Kriterium, dessen Nichterfüllung Investitionen von vorneherein verhindert. Daneben macht die restriktive Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags (§ 8c KStG, auch Mantelkaufverbot) Investitionen in insbesondere junge innovati-

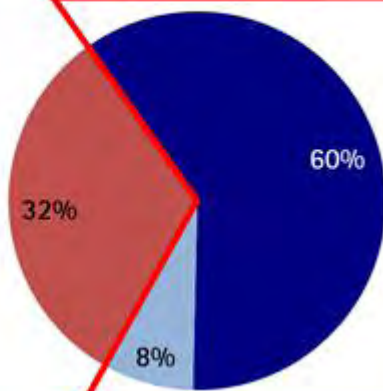
ve Unternehmen unattraktiver. Einen Standortnachteil haben deutsche Beteiligungsfonds auch dadurch, dass sie auf die Verwaltung der Fonds („management fee“) Umsatzsteuer entrichten müssen. Damit werden Beteiligungsfonds gegenüber anderen – umsatzsteuerfreien – Anlageklassen schlechter gestellt. Die Politik sollte hier zügig auf eine Verbesserung der genannten Rahmenbedingungen hinwirken. Dies vor dem Hintergrund, dass diese Defizite seit längerem bekannt sind und von verschiedenen Expertengremien (z. B. Expertenkommission Forschung und Innovation, EFI) thematisiert wurden. Insbesondere die Beschränkung des § 8c KStG auf echte Missbrauchsfälle wäre eine wichtige Maßnahme.

Aber auch weniger aufwändige Maßnahmen seitens der Politik könnten die Eigenkapitalsituation der Betriebe kurzfristig entspannen helfen. So wäre die Wiedereinführung der sogenannten degressiven AfA (Absetzung für Abnutzungen), die es den Unternehmen ermöglicht, die Anschaffungskosten von Investitionen schneller von der Steuer abzusetzen eine sinnvolle Maßnahme. Denn die degressive AfA – am Anfang mehr, am Ende weniger Abschreibungsvolumen – entspricht am ehesten dem wirtschaftlichen Wertverzehr von Investitionen. Besonders für innovative Unternehmen ist die degressive Abschreibung steuerlich günstig, da z. B. angeschaffte teure Laborgeräte zu Beginn stark genutzt werden, über die Jahre aber aufgrund neuer technologischer Entwicklungen immer weniger zum Einsatz kommen, weil dann in der Regel neue Geräte erforderlich sind. Darüber hinaus sind diese Abschreibungsmöglichkeiten für innovative Gründungen, die am Anfang nur geringe Erträge erwirtschaften bzw. hohe Reinvestitionen tätigen müssen von großer Bedeutung.

⁶ Ist ein Fonds steuertransparent (oder vermögenverwaltend im Gegensatz zu gewerblich), wird nicht der Fonds besteuert – er bleibt „transparent“ – sondern seine Anleger. Ohne diese Steuertransparenz investieren internationale Investoren nur zögerlich in deutsche Fonds, da sie in diesem Fall nicht nur in ihrem Heimatland, sondern auch in Deutschland steuerpflichtig würden.

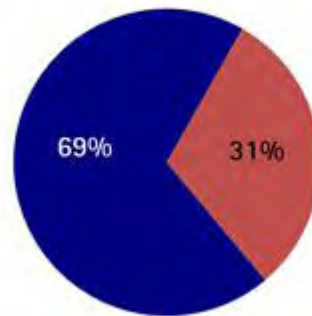
Verfügt Ihr Unternehmen im Innovationsbereich über Kooperationserfahrungen mit Hochschulen?

■ ja, eher positive
■ ja, eher negative
■ nein



Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei Kooperationen mit Hochschulen?

■ ja
■ nein



5. Kooperationen mit Hochschulen

Ogleich nur gut jedes zehnte innovationsaktive Unternehmen die Verbesserung beim Zugang zu Erkenntnissen aus der öffentlichen Forschung als höchste Priorität für den Innovationsstandort Deutschland betrachtet, sehen viele Betriebe mit Kooperationserfahrung mit Hochschulen hier noch viel Potenzial. Gut zwei Drittel der Unternehmen berichten von Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Hochschulen, davon gut 60 Prozent von positiven und knapp acht Prozent von negativen.

Allerdings sehen gut 69 Prozent dieser Unternehmen konkreten Verbesserungsbedarf. Dieser bezieht sich insbesondere auf die aus Sicht vieler Betriebe mangelnde Anwendungsnähe bei Forschungsvorhaben von Hochschulen (55 Prozent). Zudem mangelt es an Transparenz, welche Forschungseinrichtung auf welchen Gebieten aktiv ist (37 Prozent) und insbesondere welche Kooperationsangebote seitens der Hochschulen bestehen – fast 50 Prozent der Betriebe sehen hier Optimierungsbedarfe.

Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei Kooperationen mit Hochschulen? Falls ja, welchen? (Mehrfachnennung möglich)



Mehr als 36 Prozent der Unternehmen wünschen sich darüber hinaus eine höhere Kooperationsbereitschaft der Wissenschaftler. Ein Grund hierfür ist, dass noch immer viele Universitäten den Technologietransfer nicht als eine ihrer Kernaufgaben betrachten, insbesondere wenn es um die Zusammenarbeit mit KMU geht.

Ein Lösungsbaustein für dieses Defizit könnte es sein, fachliche Ansprechpartner und Technologietransferangebote der Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstitute mittelstandsge-rechter und sichtbarer zu kommunizieren.

So könnten Informationen über fachliche Ansprechpartner an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstituten in Anlehnung an die Förderdatenbank des Bundes im Internet gebündelt dargestellt werden.

3. Innovationsprozesse verändern sich

Neben der Herausforderung des demografischen Wandels, der sich schon jetzt die Unternehmen im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel stellen müssen – 49 Prozent sehen dies als wichtiges Thema der Zukunft –, kommen eine ganze Reihe von Entwicklungen auf.

Die Bedeutung und die Ausprägungen von Innovation erweitern und wandeln sich grundlegend. Kürzere Produktlebenszyklen und die Anpassung von Produkten auf die Kundenanforderungen (Customization) prägen die Innovationsaktivitäten der Unternehmen zunehmend und finden sich mit 40 Prozent auf Platz zwei und drei unter den Innovationstopthemen.

Damit wird deutlich, dass die Unternehmen nicht mehr nur klassische „Hightech-Produktneuheiten“ realisieren – basierend auf technologischen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen. Vielmehr zeigt sich, dass auch Innovationen ohne ausschließlich technologischen Fokus an Bedeu-

tung gewinnen. Dazu zählen u. a. Prozess-, Dienstleistungs- oder Geschäftsmodellinnovationen. Zudem werden Innovations-Kooperationen immer wichtiger. Deutsche Unternehmen nutzen nicht mehr nur die Kompetenzen in ihren FuE-Abteilungen. Vielmehr binden hier Unternehmen weitere Wissensträger und Experten im Unternehmen, aber auch Kunden, andere Unternehmen, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen ein. Bei der Vermarktung von Innovationen bedienen sich Unternehmen neuer und variabler Netzwerke – zunehmend unter Nutzung digitaler Medien. Dabei wird die Kooperation mit anderen Unternehmen, vom Zulieferer bis zum Kunden, von den Betrieben mit 39 Prozent und die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen (37 Prozent) sehr wichtig eingeschätzt.

Kluge Köpfe allein machen noch keine Innovation

Wünschenswert wäre, wenn die Unternehmen das Wissen der Forscher aus öffentlich finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker verwerten könnten. Es fehlt dabei weniger an „klugen Köpfen“ aus der Spitzenforschung – hierfür setzt sich die Bundesregierung aktiv ein (Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation). Sondern es braucht mehr Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, eine verbesserte „kulturelle“ Passgenauigkeit in der Kooperation. Für eine bessere Ausbildung von Wissenschaftlern als „Problemlöser“ für die Wirtschaft kann das Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung auf Lehre und Forschung übertragen werden. Das Angebot an dualen Studiengängen sollte weiter ausgebaut und im Bereich der anwendungsnahen Forschung der neue Ansatz der dualen Promotion verbreitet werden.

Die deutsche Wirtschaft nutzt gute Ideengeber vom Azubi bis zum Kunden

Auch das Thema Innovationsmanagement gewinnt für viele (knapp 36 Prozent) Betriebe an Bedeutung. Dies ist im Grunde eine erfreuliche Entwicklung, liegen doch hier insbesondere bei vielen KMU noch Potenziale brach – das zeigen die DIHK-Umfragen der vergangener Jahre⁷.

Innovationsmanagement kann zudem die Innovationsfinanzierung flankieren, z. B. bei der Kreditfinanzierung von Entwicklungsprojekten. Da zu Beginn der Innovation meist immaterielle Aktiva im Vordergrund stehen, es also noch keine Möglichkeit der dinglichen Besicherung gibt, kann der Kreditnehmer durch ein professionelles Innovationsmanagement überzeugen. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund perspektivisch strengerer Eigenkapitalunterlegungsregeln seitens der Banken (Stichwort Basel III). Als Reaktion auf den Bedeutungszuwachs von Innovationsmanagement haben die IHKs und Wirtschaftsverbände ein umfangrei-

ches Unterstützungsangebot für die Unternehmen entwickelt: Sie bieten Veranstaltungen, Seminare, Workshop-Reihen sowie Zertifizierungslehrgänge und Audit-Werkzeuge für Innovationen an, mit denen sich Fach- und Führungskräfte aus Unternehmen zum betrieblichen Innovationsmanagement informieren und ihre Kompetenzen weiterentwickeln können.

Auch die Politik engagiert sich: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) vergibt seit einiger Zeit „Innovationsgutscheine“. Sie fördern finanziell die externe Beratung zur Vorbereitung und Durchführung von Produkt- und technischen Verfahrensinnovationen. Die BMWi-Innovationsgutscheine decken 50 Prozent der Ausgaben für externe Beratungsleistungen durch vom BMWi autorisierte Beratungsunternehmen. Ziel des Ministeriums ist es, die Zahl innovativer Unternehmen in Deutschland weiter zu erhöhen.



⁷ siehe DIHK-Innovationsreport 2011, Berlin.

II. IHK-INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEBERATUNG: FLÄCHEN-DECKENDER SERVICE FÜR INNOVATIVE UNTERNEHMEN

Idee sucht Markt – IHK-Services regional und deutschlandweit

Innovation, Forschung und Technologie sind die Basis dafür, dass deutsche Unternehmen auch in Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit erfolgreich sind. Der Erfolg von Unternehmen beginnt in den Regionen. Hier unterstützen bundesweit rund 140 Innovations- und Technologieberaterinnen und -berater der 80 Industrie- und Handelskammern (IHKs) die Unternehmen bei der Suche nach innovativen Lösungen.

Übersicht in Zahlen

In jährlich⁸ weit über 9.000 Beratungsgesprächen⁹ und bei mehr als 1.600 Veranstaltungen mit rund 62.000 Teilnehmern bieten die IHKs Informationen zu allen Aspekten von Forschung und Innovation,

wie z. B. Patente und Lizenzen, Förderung und Finanzierung oder technologieorientierte Existenzgründung. Sie vermitteln Kontakte zu Spezialisten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Consulting (siehe Infokasten 1). Eine Liste der IHK-Innovationsberater ist unter <http://www.dihk.de> abrufbar.

Interessenvertretung – Partner der Politik

Jahrzehntelange Erfahrung in der Innovations- und Technologieberatung im direkten Kontakt mit den Unternehmen machen die IHKs zu einem gefragten Partner der Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Sie setzen sich ein für

- innovationsfreundliche Rahmenbedingungen
- Berücksichtigung der Interessen innovativer Unternehmen
- Förderung der Forschungs- und Technologiestandorte
- Ausrichtung der forschungs- und technologiepolitischen Aktivitäten von Land, Bund und EU an den Erfordernissen der Wirtschaft.

Infokasten 1

Leistungskriterium der IHK-Innovations- und Technologieberatung	Ergebnisse
Zahl der Erstauskünfte - darunter auch zu europäischen Aspekten	rd. 58.000 rd. 3.750
Durchgeführte Beratungsgespräche insgesamt - darunter auch zu europäischen Aspekten	rd. 9.500 rd. 1.520
Zahl der durchgeführten Veranstaltungen insgesamt Zahl der Teilnehmer insgesamt darunter Personen aus	rd. 1.650 rd. 62.500
- Unternehmen	rd. 45.100
- Wissenschaft und Hochschulen	rd. 8.900
- Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit etc.	rd. 8.450

⁸ Erhebung aus dem Jahr 2010

⁹ Dauer: mindesten 30 Minuten.

ANHANG

FRAGEBOGEN DIHK-Innovationsreport 2012

Informationen zu Ihrem Unternehmen					
Branche	_____	Mitarbeiteranzahl: Davon in FuE:	_____ _____	IHK-Bezirk	_____
			ja	nein	verfolge keine Innovationsaktivitäten
1a) Hat Ihr Unternehmen in den letzten 12 Monaten sein Innovationsverhalten verändert?			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ja, inwiefern?					
Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>	Verschiebung von ursprünglich avisierten Innovationsprojekten	<input type="checkbox"/>	Ausbau der Innovationsaktivitäten <input type="checkbox"/>	
1b) Wie wird sich die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?					
Verringerung oder Streichung von Innovationsaktivitäten	<input type="checkbox"/>	Keine Veränderung geplant	<input type="checkbox"/>	Ausbau der Innovationsaktivitäten <input type="checkbox"/>	
2a) Welche Erfahrungen macht Ihr Unternehmen bei der externen Innovationsfinanzierung im Vergleich zum Vorjahr?					
verbessert	<input type="checkbox"/>	gleich geblieben	<input type="checkbox"/>	verschlechtert	<input type="checkbox"/>
				Finanzierung derzeit nicht möglich	<input type="checkbox"/>
2b) Wodurch finanzieren Sie Ihre Innovationsprojekte überwiegend (zwei Antworten möglich)?					
Eigenkapital	<input type="checkbox"/>	Cash-Flow	<input type="checkbox"/>	Darlehen	<input type="checkbox"/>
				Fördermittel	<input type="checkbox"/>
3) Hat Ihr Unternehmen in den letzten 3 Jahren Förderprogramme von - EU - Bund - Land - in Anspruch genommen?			Ja	Nein	k A. möglich
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4) Was ist aus Sicht Ihres Unternehmens jetzt prioritär für den Innovationsstandort Deutschland? (bis zu drei Antworten möglich)					
Ausbau der Fachkräftebasis	<input type="checkbox"/>	Einführung steuerlicher Forschungsförderung	<input type="checkbox"/>	Einfacher Zugang zu öffentlicher Projektförderung <input type="checkbox"/>	
Weitere Nachbesserung der Unternehmenssteuerreform 2008 (z. B. bei der Besteuerung von Kostenbestandteilen (Lizenzen), eingeschränkter Verlustvortrag, Zinsschranke)	<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts	<input type="checkbox"/>	Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung <input type="checkbox"/>	
Förderung einer technologiefreundlichen Gesellschaft	<input type="checkbox"/>	Verbesserung des Zugangs zu den Forschungsergebnissen öffentlicher Forschungseinrichtungen	<input type="checkbox"/>	Bürokratieabbau (z. B. bei Genehmigungs- und Zulassungsverfahren) <input type="checkbox"/>	
Sonstiges: _____					

	ja	nein	teilweise
5) Kennen Sie die „Zukunftsprojekte“ der Hightech-Strategie der Bundesregierung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ja, sehen Sie darin zusätzliche Potenziale für Ihr Unternehmen?			
ja, große Potenziale <input type="checkbox"/>	ja, geringe Potenziale <input type="checkbox"/>		nein <input type="checkbox"/>
6) Verfügt Ihr Unternehmen im Innovationsbereich über Kooperationserfahrung mit Hochschulen?			
Ja, eher positive <input type="checkbox"/>	Ja, eher negative <input type="checkbox"/>		nein <input type="checkbox"/>

	ja	nein
7) Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei Kooperationen mit Hochschulen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Falls ja, welchen? (Mehrfachantworten möglich)		
<input type="checkbox"/> Mehr Transparenz über aktuelle Forschungsprojekte und Technologieangebote <input type="checkbox"/> Mehr Transparenz über Kooperationsangebote/-möglichkeiten für Unternehmen <input type="checkbox"/> Höhere Kooperationsbereitschaft seitens der Universitäten <input type="checkbox"/> Rechtssicherheit bzgl. der Ergebnisverwertung gemeinsamer Forschungsaktivitäten <input type="checkbox"/> Mehr Informationen über FuE-Infrastrukturen (z. B. Messgeräte), die von Unternehmen genutzt werden können <input type="checkbox"/> Anwendungsnahe F&E an Hochschulen stärken <input type="checkbox"/> Kürzere Vorlaufzeiten bis Projektbeginn		

8) Welche Themen im Innovationsbereich gewinnen für Ihr Unternehmen an Bedeutung? (Mehrfachantworten möglich)
<input type="checkbox"/> Kürzere Produktlebenszyklen <input type="checkbox"/> Internationalisierung von Innovationsprozessen <input type="checkbox"/> Cluster <input type="checkbox"/> Fachkräftemangel <input type="checkbox"/> Kooperation mit Forschungseinrichtungen <input type="checkbox"/> Kooperation mit anderen Unternehmen <input type="checkbox"/> Internationaler/ Europäischer Patentschutz <input type="checkbox"/> „Open Innovation“ <input type="checkbox"/> Betriebliches Innovationsmanagement <input type="checkbox"/> Gefahr der Produktpiraterie <input type="checkbox"/> Individualisierung der Kundenbedürfnisse („Customization“) <input type="checkbox"/> Risiken durch Rechtsänderungen (im Nachhinein) ausgebremst zu werden <input type="checkbox"/> Sonstiges